



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

Februar 2023

Ein Jahr ist die Invasion Russlands in die Ukraine und damit der Beginn des gewaltsamen Angriffskrieges jetzt her. Unter anderem mit diesem Thema hat sich das Europäische Parlament diese Woche in seiner Plenarsitzung beschäftigt.

Aus dem Plenum

EU-Gelder für NGOs im Kailigate

„Der Korruptionsskandal rund um die Sozialdemokraten beschäftigt das Europäische Parlament auch in dieser Woche und zieht weitere Kreise. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass eine der mutmaßlich am Korruptionsskandal beteiligten Nichtregierungsorganisation (NGO) zwischen 2015 und 2022 fast vier Millionen Euro EU-Mittel im Rahmen von vier Verträgen mit der EU-Kommission erhalten hat. Was mit den Geldern passiert ist, kann die Europäische Kommission bisher nicht sagen.

Es ist ein Skandal, dass es keine Beleg- und Berichterstattungspflichten für Mittel gibt, die NGOs von der EU-Kommission und ihren Agenturen bekommen. Die EU-Kommission muss schleunigst aufklären, was mit dem Geld passiert ist. Für die Zukunft brauchen wir klare Transparenzregeln auch für Nichtregierungsorganisationen. Empfangene EU-Mittel müssen rückverfolgbar sein, vom direkten Empfänger bis zum letzten Begünstigten. Wenn eine NGO mit dem Geld andere NGOs finanziert, muss das offengelegt werden. Außerdem sollte die Organisation von NGOs demokratischen Prinzipien genügen, zu oft sind die Strukturen für Außenstehende undurchsichtig.“

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

CO2-Emissionsnormen für Pkw und Lieferwagen

„Die EU ist auf dem Weg zur Klimaneutralität, ein wichtiger Baustein ist dabei der Verkehrssektor. Eine faire, wissenschaftliche Betrachtung sowie der Wettbewerb um die besten Ideen ist der richtige Weg, um der Herausforderung des Klimawandels zu begegnen. Es ist die Aufgabe der Politik, den Rahmen in Form von ambitionierten CO2-Reduktionszielen zu setzen und nicht starr eine Technologie wie den Elektromotor vorzuschreiben. Die Ausgestaltung und Umsetzung europäischer CO2-Ziele sollte den Herstellern und auch den Kundinnen und Kunden überlassen werden. Deswegen setzt die CDU/CSU sich für das Prinzip der Technologieneutralität ein.

Inmitten mehrfacher Krisen und einem beginnenden Wettlauf um die besten sauberen Technologien mit den USA und China, braucht die europäische Industrie Entscheidungs- und Innovationsfreiheit. Nur so wird die erfolgreiche Transformation hin zu einem grünen und gleichzeitig wettbewerbsfähigen Industriestandort Europa bis 2050 zu schaffen sein. Eine einseitige Wette auf die reine Elektromobilität gefährdet hingegen allein in Deutschland über 600.000 Arbeitsplätze, die am Verbrennungsmotor hängen.

Der von der Ampel-Regierung gefeierte Erfolg, dass die Europäische Kommission außerhalb des Systems der Flottengrenzwerte einen Vorschlag für klimaneutrale Kraftstoffe unterbreiten soll, ist reine Augenwischerei. Selbst wenn die Kommission einen solchen Vorschlag vorlegen sollte, wozu sie rechtlich nicht verpflichtet ist,

kann der sich nur auf Sonderfahrzeuge wie zum Beispiel Krankenwagen beziehen. Wir wollen den Industriestandort Europa stärken - das Verbrenner-Aus wird ihn jedoch empfindlich schwächen.“

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Ein Jahr nach Russlands Invasion und Angriffskrieg gegen die Ukraine

„Am 24. Februar jährt sich der Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zum ersten Mal. Es ist ein unfassbar trauriges Jubiläum, das unermessliches Leid über die gesamte ukrainische Bevölkerung gebracht hat. Dass mitten in Europa über 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder Bomben fallen, macht noch immer wütend und fassungslos. Tausende unschuldige Zivilisten sind in den vergangenen 365 Tagen ums Leben gekommen. Mit dieser Situation dürfen wir uns niemals abfinden und stehen so lange an der Seite der Ukraine, wie es nötig ist, um dem Land zum Sieg zu verhelfen. Denn die Ukraine ist ein Teil der EU und gehört in unsere Mitte.

Europa muss die Ukraine weiterhin mit Waffen und anderem Gerät unterstützen. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass die mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer nicht nur um ihr eigenes Überleben kämpfen, sondern auch unseren europäischen Lebensstil verteidigen. Verlieren sie diesen Kampf, verlieren wir alle. Umso wichtiger ist der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine. Er macht den Ukrainerinnen und Ukrainern in diesen schweren Stunden Mut und gibt ihnen die Hoffnung auf eine Zukunft in Frieden und Freiheit. Als Europaparlament ermuntern wir Rat und Kommission, auf einen Verhandlungsbeginn hinzuarbeiten, bevor die EU im nächsten Kalenderjahr mit den Europawahlen und den Vorbereitungen auf eine erneuerte Europäische Kommission stärker mit sich selbst beschäftigt sein wird.“

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Industrieplan und Wettbewerbsfähigkeit

„Nach langer Zeit beschäftigt sich die EU-Kommission endlich wieder mit der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Doch ist die aktuelle Debatte auch das Eingeständnis Europas, dass der regulatorische Ansatz des europäischen Green Deals bei der Förderung innovativer grüner Technologien an Grenzen stößt, wenn andere einen anderen Weg wählen, wie nun die Vereinigten Staaten mit ihrem Subventionsprogramm „Inflation Reduction Act“.

Europa darf jetzt nicht den Fehler machen, die amerikanischen Subventionen mit europäischen Subventionen zu bekämpfen. Wettbewerbsfähigkeit kann man sich nur bedingt kaufen, und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit behebt man nicht durch noch mehr Geld, sondern durch die richtigen Rahmenbedingungen oder die Erschließung neuer Märkte, beispielsweise durch neue Handelsabkommen. Hier muss Europa ansetzen anstatt ständig neue Entschuldigungen für die Forderung nach neuen Schuldenfonds zu finden. Europa könnte viel mehr schaffen, wenn es die eigenen Probleme anpacken würde, anstatt jedes Mal neue Geldtöpfe finden zu wollen.“

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Ausschreibungen

People-to-people

Seit dem 1. Dezember 2022 ist der zweite Projektaufruf in der zweiten Projektphase des People to People Fonds der Region EMR gestartet.

Gesamtfördersumme: 50% der Kosten, maximal 40.000€

Unter dem Motto “Nähe schafft Neues” unterstützt die Euregio Maas-Rhein mit *People to People Interreg V-A EMR* bürgernahe grenzüberschreitende Initiativen. Ziel ist es, gemeinsame Chancen zu ergreifen, Hürden zu überwinden, das Bewusstsein für die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg zu verbessern und das Erleben in der Grenzregion zu stärken, sowie die Lebensqualität der Einwohner*innen der EMR zu erhöhen.

[Weitere Informationen erhalten Sie hier.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen.
Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)